

HESSISCHE STAATSKANZLEI

521

Änderung der Anschrift;

Frau Dr. Claudia Curtius Seutter von Lötzen, Honorarkonsulin der Salomonen in München

Hiermit wird die von der Botschaft der Salomonen dem Auswärtigen Amt übermittelte geänderte Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung in München mitgeteilt, für die das Auswärtige Amt eine Nutzungsgenehmigung erteilt hat:

Wilhelmstraße 1, 80801 München

Die übrigen Kontaktdaten bleiben unverändert.

Wiesbaden, den 20. Juni 2023

Hessische Staatskanzlei

StAnz. 28/2023 S. 894

HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

522

Verwaltungsvorschrift über Staatsangehörigkeitsverfahren – VVStaVerf –

A. Einbürgerungen

1. Geltungsbereich

Die Verwaltungsvorschrift ergänzt die verfahrensrechtlichen Bestimmungen für Einbürgerungen im

- 1.1 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2218), im
- 1.2 Gesetz über die Errichtung des Bundesverwaltungsamtes (BVwAG) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 200-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864), im
- 1.3 Gesetz zur Bestimmung der zuständigen Behörden in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten (StAngBehG) vom 21. März 2005 (GVBl. I S. 229), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 2012 (GVBl. S. 622), in der
- 1.4 Staatsangehörigkeits-Gebührenverordnung (StAGGebV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1991 (BGBl. I S. 1915), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), in der
- 1.5 Verordnung zu Einbürgerungstest und Einbürgerungskurs – Einbürgerungstestverordnung – (EinbTestV) vom 5. August 2008 (BGBl. I S. 1649), geändert durch Verordnung vom 18. März 2013 (BGBl. I S. 585), in der
- 1.6 Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen (StAurkVwV) vom 18. Juni 1975 (GMBI. S. 462), zuletzt geändert am 24. September 1991 (GMBI. S. 741) mit BMI-Vorabregelung zu Anlage 5 vom 14. Dezember 2004 und in den
- 1.7 Vorläufigen Anwendungshinweisen Hessens zum Staatsangehörigkeitsrecht (VAH-Hessen) vom 10. September 2007, zuletzt geändert durch Erlass vom 7. August 2009.

Die Anwendung des allgemeinen Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungskostenrechts bleibt unberührt.

2. Sachliche Zuständigkeit

- 2.1 **Einbürgerungsbehörde** ist das Regierungspräsidium, § 1 Abs. 1 StAngBehG. Neben der Bearbeitung von Einbürgerungsverfahren – soweit nicht die untere Verwaltungsbehörde zuständig ist – obliegt es der Einbürgerungs-

behörde, die unteren Verwaltungsbehörden in ihrem Dienstbezirk im Rahmen von Dienstbesprechungen, Fortbildungsveranstaltungen und durch Rundverfügungen mit dem aktuellen Stand des Einbürgerungsrechts vertraut zu machen, sowie im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit Informationen und Beratungen anzubieten (Kompetenz-Center Einbürgerungsbehörde).

- 2.2 **Untere Verwaltungsbehörden** sind der Magistrat oder der Gemeindevorstand der Städte und Gemeinden mit 7.500 und mehr Einwohnern, im Übrigen die Kreisauerschüsse, § 2 Abs. 1 StAngBehG. Sie sind zuständig für die Erstberatung, die Entgegennahme von Einbürgerungsanträgen und den dazu gehörenden Unterlagen und Nachweisen, die Vollständigkeitskontrolle, die Einpflege der Antragsunterlagen und Daten in das vom Land betriebene Verfahren der eStaatsangehörigkeit und die Aushändigung der Einbürgerungsurkunden.

Untere Verwaltungsbehörden können die Gestaltungsmöglichkeiten der **interkommunalen Zusammenarbeit** nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 307), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2015 (GVBl. S. 618), nutzen und die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde im Einbürgerungsverfahren delegieren oder ein entsprechendes Mandat erteilen; dies gilt auch im Verhältnis von Gemeinden und Landkreisen. Auf die Muster für eine öffentlich-rechtliche Delegations- oder Mandatierungsvereinbarung wird hingewiesen (service.hessen.de).

3. Örtliche Zuständigkeit

- 3.1 Örtlich zuständig ist nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a HVwVfG die Einbürgerungsbehörde, in deren Bezirk die Antragstellerin oder der Antragsteller den gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- 3.2 Verlegt die Antragstellerin oder der Antragsteller während des Einbürgerungsverfahrens ihren oder seinen dauernden Aufenthalt in den Bereich einer anderen Einbürgerungsbehörde, so geht die örtliche Zuständigkeit kraft Gesetzes auf diese Behörde über. Die bisher zuständige Behörde kann das Verfahren fortführen, wenn dies unter Wahrung der Interessen der Antragstellerin oder des Antragstellers der einfachen und zweckmäßigen Verfahrensdurchführung dient und die jetzt zuständige Behörde zustimmt (§ 3 Abs. 3 HVwVfG). Andernfalls ist der Einbürgerungsantrag mit allen Unterlagen unverzüglich an die neue Einbürgerungsbehörde abzugeben.

Für die Überwachung von Auflagen bleibt die Einbürgerungsbehörde zuständig, die den Verwaltungsakt erlassen hat (§ 68 Abs. 1 HVwVfG)

- 3.3 Hat die Antragstellerin oder der Antragsteller den gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Bundesgebietes, so ist das Bundesverwaltungsamt zuständig (§ 5 BVwAG).

4. Einbürgerungsantrag

- 4.1 Der Antrag auf Einbürgerung wird schriftlich bei der unteren Verwaltungsbehörde gestellt; die Antragstellerin oder der Antragsteller soll hierzu grundsätzlich persönlich erscheinen. Für den Antrag soll der Vordruck nach dem Muster der **Anlage 1** verwendet werden. Im Übrigen gilt Nr. 8.1.1, 8.1.1.1 VAH-Hessen für alle Einbürgerungsanträge. Für die Erstberatung kann unter anderem auf das Informationsangebot unter service.hessen.de zurückgegriffen werden. Im Zusammenhang mit der Antragstellung soll insbesondere auf die Mitwirkungsverpflichtung hingewiesen werden (Muster der **Anlage 2**) und eine Unterrichtung über die Einholung und Verarbeitung personenbezogener Daten nach dem Muster der **Anlage 3** erfolgen.

- 4.2 Von allen Antragstellern sind folgende **Grunddaten** zu erheben:

4.2.1 Angaben zur Person: Identität, aktuelles Lichtbild, Wohnung, Handlungsfähigkeit, Personenstand, Staatsangehörigkeit sowie ein besonderer Status (Asylberechtigte, ausländische Flüchtlinge, heimatlose Ausländer, Staatenlose).

4.2.2 Angaben nach Nr. 4.2.1 hinsichtlich der Ehegatten/Lebenspartner (ohne Lichtbild), sofern deren Miteinbürgerung beantragt oder eine Einbürgerung als Ehegatte oder Lebenspartner eines Deutschen beantragt wird.

4.2.3 Angaben nach Nr. 4.2.1 hinsichtlich der mit einzubürgernden minderjährigen Kindern.

4.2.4 Angaben zu den Eltern: Vor- und Familiennamen, Geburtstag und -ort, Familienstand und Staatsangehörigkeit im Zeitpunkt der Geburt der Antragstellerin oder des Antragstellers.

4.2.5 Aufenthaltszeiten im In- und Ausland.

4.2.6 Angaben zum aktuell gültigen Aufenthaltsrecht oder Aufenthaltstitel.

4.2.7 Angaben zu extremistischen Bestrebungen (Loyalitätserklärung).

4.2.8 Angaben zur Unterhaltsfähigkeit: verfügbares Monatseinkommen, Anzahl der zu unterhaltenden Angehörigen, Bezug von öffentlichen Leistungen.

4.2.9 Angaben zur bisherigen Staatsangehörigkeiten/den bisherigen Staatsangehörigkeiten.

4.2.10 Angaben über Verurteilungen zu Strafen, zur Anordnung von Maßregeln der Besserung und Sicherung und über anhängige Straf- und Ermittlungsverfahren, jeweils im In- und Ausland.

4.2.11 Angaben über Kenntnisse der deutschen Sprache.

4.2.12 Angaben über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland.

- 4.3 Abhängig von dem konkreten Einbürgerungsbegehren kommen **weitere Angaben** in Betracht, die für die Sachverhaltsermittlung und die Bescheidung des Antrags erforderlich sind. Grundsätzlich ist die Erhebung von Daten auf die Umstände zu beschränken, die zur Beurteilung des konkreten Einbürgerungsbegehrens notwendig erscheinen.

- 4.4 Die Angaben im Einbürgerungsantrag sind von den Antragstellern grundsätzlich nachzuweisen. Die Identität der Antragstellerin oder des Antragstellers und aller miteinzubürgernden Personen muss geklärt sein und feststehen. Erleichterungen bei der Beweisführung oder bei der Mitwirkungspflicht nach § 37 Abs. 1 StAG i. V. m. § 82 AufenthG können nur gewährt werden, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller sich in einer typischen Beweisnot befindet (vgl. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 1. September 2011 (Az.: 5 C 27.10)).

Die Anforderungen an die **Nachweise** ergeben sich in der Regel aus den unter Nr. 1 genannten verfahrensrechtlichen Bestimmungen. Als Nachweise kommen beispielsweise folgende Unterlagen in Betracht:

4.4.1 Zur Person (Nr. 4.2.1 bis 4.2.4): Grundsätzlich ist zum Nachweis geeignet: ein Pass, ein Ausweis, ein Ausweisersatz, ein Staatsangehörigkeitsausweis, in- und ausländische Personenstandsurkunden, Scheidungsurteile.

4.4.2 Zu extremistischen Bestrebungen (Nr. 4.2.7): Loyalitätserklärung nach dem Muster der **Anlage 4** (vgl. Nr. 5.2).

4.4.3 Zur Unterhaltsfähigkeit (Nr. 4.2.8):

4.4.3.1 in der Regel aktuelle Lohn- oder Gehaltsabrechnung, gegebenenfalls Arbeitsvertrag, gegebenenfalls Vermögensnachweis, Renten- oder Arbeitslosengeldbescheid; bei Selbständigen: letzter Steuerbescheid und aktuelle Gewinn- und Verlustrechnung oder betriebswirtschaftliche Auswertung oder Bescheinigung des Steuerberaters.

4.4.3.2 In den Fällen des Bezuges von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch eine Kopie des Leistungsbescheides sowie eine Erklärung des Leistungsempfängers zu den Gründen des Leistungsbedarfs.

4.4.3.3 In den Fällen der §§ 8, 9, 10 StAG von Selbständigen zusätzlich Nachweise zur Alterssicherung, zur Kranken- und Pflegeversicherung oder zu freiwilligen Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung.

4.4.4 In den Fällen des § 9 StAG: Kopie des Bundespersonalalausweises oder Reisepasses des Ehegatten oder Lebenspartners sowie dessen Erklärung zum Zeitpunkt des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit, dass seit Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit keine andere Staatsangehörigkeit auf Antrag erworben wurde und dass sie oder er mit dem Antragsteller in einer ehelichen bzw. partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft lebt (**Anlage 5**).

- 4.5 Grundsätzlich sind Unterlagen und Nachweise nur zu verlangen, soweit zu erwarten ist, dass sie über entscheidungserhebliche Tatsachen Aufschluss geben.

Sämtliche Unterlagen sollen im Original und zusätzlich in Form einer einseitigen, gut lesbaren Kopie auf hellem Papier vorgelegt werden. Dem Original stehen öffentlich beglaubigte Ablichtungen gleich; das gilt nicht für Personenstandsurkunden.

Bei fremdsprachlichen Urkunden soll außer der beglaubigten Abschrift oder Ablichtung der Urschrift eine Übersetzung vorgelegt werden. Die Übersetzung soll von einer oder einem öffentlich beeidigten oder anerkannten Übersetzerin oder Übersetzer beglaubigt sein. Auf eine Beglaubigung der Übersetzung kann verzichtet werden, wenn die Einbürgerungsbehörde auf andere Weise zuverlässig beurteilen kann, ob die Übersetzung richtig ist.

Eine vor einer zuständigen Stelle (z. B. Notar) abgegebene Versicherung an Eides statt kann nur in Ausnahmefällen als Nachweis der durch die Urschrift oder beglaubigte Abschrift oder Ablichtung zu belegenden Tatsachen anerkannt werden. Versicherungen an Eides statt können in Einbürgerungsangelegenheiten von den Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsbehörden nicht abgenommen werden.

5. Antragsbearbeitung durch die untere Verwaltungsbehörde

- 5.1 Die untere Verwaltungsbehörde prüft die Angaben im Einbürgerungsantrag sowie die vorgelegten Unterlagen auf Richtigkeit und Vollständigkeit und klärt vorhandene Zweifel nach Möglichkeit auf. Ergeben sich bei der Antragstellung oder -entgegennahme eines Einbürgerungsantrags trotz Vorlage entsprechender Nachweise Zweifel an dem für das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung erforderlichen Grundkenntnissen (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StAG) oder an den ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 StAG), ist die Einbürgerungsbehörde darüber zu unterrichten.

- 5.2 Rechtzeitig vor der Entgegennahme der **Loyalitätserklärung** händigt die untere Verwaltungsbehörde den Antragstellern das **Merkblatt** nach dem Muster der **Anlage 6** aus und steht für Fragen in diesem Zusammenhang zur Verfügung. Für Hintergrundinformationen steht der unteren Verwaltungsbehörde der jeweils aktuelle Ver-

fassungsschutzbericht zur Verfügung (lfv.hessen.de). Sollte eine Beantwortung aufgeworfener Fragen vor Ort ausnahmsweise nicht möglich sein, ist die Antragstellerin oder der Antragsteller an die Einbürgerungsbehörde zu verweisen. Die Loyalitätserklärung soll in Gegenwart einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters der unteren Verwaltungsbehörde erfolgen. Eine Überprüfung des Erklärungsinhalts erfolgt durch die Einbürgerungsbehörde. Bei unzureichenden Kenntnissen der deutschen Sprache soll der Antragstellerin oder dem Antragsteller aufgegeben werden, einen vereidigten Dolmetscher hinzuzuziehen.

- 5.3 Die untere Verwaltungsbehörde erfasst den Einbürgerungsvorgang in dem eGovernment-Verfahren **eStaatsangehörigkeit**; soweit möglich, verwendet sie für gegebenenfalls erforderliche Korrespondenz die im Verfahren bereitgestellten Formulare. Zur Teilnahme an der eStaatsangehörigkeit wird auf § 3 Abs. 2 StAngBehG sowie auf die Informationen unter service.hessen.de verwiesen.

Die Einbürgerungsakte wird ausschließlich elektronisch geführt. Mit der qualitätsgesicherten Ablage von Unterlagen übernimmt die untere Verwaltungsbehörde die Verantwortung dafür, dass sie mit den Vorlagen in Papierform übereinstimmen. Andernfalls ist das elektronische Dokument mit einem erläuternden Vermerk zu versehen.

- 5.4 Die Bearbeitung durch die untere Verwaltungsbehörde erfolgt schnellstmöglich; sie soll einen Zeitraum von drei Monaten nicht überschreiten (**Regelbearbeitungszeit**). Danach ist der Vorgang der Einbürgerungsbehörde zuzuleiten. Die untere Verwaltungsbehörde achtet dabei darauf, dass die Unterlagen so aktuell sind, dass eine zuverlässige Beurteilung des Einbürgerungsantrages möglich ist. Die untere Verwaltungsbehörde informiert die Einbürgerungsbehörde über mögliche Einbürgerungshindernisse und sonstige Erkenntnisse.

Ist der Abschluss der Bearbeitung von beizubringenden Unterlagen der Antragstellerin oder des Antragstellers abhängig, ist unter Fristsetzung an die Erledigung zu erinnern und darauf hinzuweisen, dass bei einer Nichterledigung mit einer kostenpflichtigen Ablehnung des Antrags durch die Einbürgerungsbehörde gerechnet werden muss; der Antrag ist in diesem Falle unvollständig mit einem entsprechenden Hinweis an die Einbürgerungsbehörde zu leiten.

Eine Weiterleitung an die Einbürgerungsbehörde nach Ablauf der Regelbearbeitungszeit erfolgt auch in den Fällen, in denen die Einbürgerungsvoraussetzungen nach Auffassung der unteren Verwaltungsbehörde nicht oder noch nicht vorliegen. Über die Zurückstellung der abschließenden Bearbeitung eines Antrags, die Empfehlung einer Antragsrücknahme oder die abschließende Bescheidung befindet ausschließlich die Einbürgerungsbehörde (vgl. Nr. 6.7 ff.).

- 5.5 Im Anschluss an die Weiterleitung des Vorgangs an die Einbürgerungsbehörde gibt die untere Verwaltungsbehörde der Antragstellerin oder dem Antragsteller die von ihnen erhaltenen Unterlagen mit der Aufforderung zurück, sie bis zum Abschluss des Einbürgerungsverfahrens aufzubewahren. Die in der unteren Verwaltungsbehörde in Papierform angefallenen Unterlagen, die zu diesem Zeitpunkt qualitätsgesichert Bestandteil der elektronischen Akte geworden sein müssen, sind zu vernichten.

6. Antragsbearbeitung durch die Einbürgerungsbehörde

- 6.1 Die Einbürgerungsbehörde bearbeitet die Anträge mit dem eGovernment-Verfahren der **eStaatsangehörigkeit**. Die Einbürgerungsakte wird ausschließlich elektronisch geführt. Nr. 5.3 und 5.5 gelten entsprechend. Die Einbürgerungsbehörde nimmt unverzüglich eine Eingangsprüfung auf Vollständigkeit der Unterlagen und die Erfolgsaussichten des Antrags vor. Notwendige Korrespondenz ist in der Regel direkt mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller zu führen.

- 6.2 Die Einbürgerungsbehörde erteilt eine **Eingangsbestätigung**, in der auch auf die Mitwirkungspflicht, insbesondere auf die Verpflichtung der Antragsteller hingewiesen wird, Änderungen in den persönlichen Verhältnissen sowie in den Angaben im Einbürgerungsantrag und den dazu eingereichten Unterlagen und Erklärungen unverzüglich mitzuteilen.

- 6.3 Die Einbürgerungsbehörde veranlasst im Regelfall folgende **Sachverhaltsermittlungen**:

6.3.1 Unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister bei Antragstellern ab vollendetem 14. Lebensjahr.

6.3.2 Auskunft des Hessischen Landeskriminalamtes bei Antragstellern ab vollendetem 14. Lebensjahr über anhängige Ermittlungsverfahren und sonstige strafrechtliche Erkenntnisse.

6.3.3 Auskunft des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen bei Antragstellern ab dem vollendeten 16. Lebensjahr nach § 37 Abs. 2 StAG.

6.3.4 Auskunft der Ausländerbehörde für jede Person des Einbürgerungsantrags einschließlich der minderjährigen Kinder nach dem Muster der **Anlage 7**. Dabei ist auf die Verpflichtung der Ausländerbehörde hinzuweisen, eintretende Änderungen, die für die Beurteilung des Einbürgerungsantrags von Bedeutung sein könnten, unverzüglich der Einbürgerungsbehörde mitzuteilen. Sofern es zur Sachverhaltsermittlung erforderlich ist, ist die Ausländerakte einzusehen.

- 6.4 Bei Bezug von Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch soll eine Auskunft des derzeit oder früher zuständigen Leistungsträgers über die Gründe des Leistungsbezugs eingeholt werden. Die Entscheidung, ob der Bezug von der Antragstellerin oder dem Antragsteller zu vertreten ist, obliegt der Einbürgerungsbehörde.

In den Fällen der §§ 8, 9 StAG ist bei geringem Einkommen der Antragstellerin oder des Antragstellers eine Bescheinigung der zuständigen Stelle anzufordern, dass kein Anspruch auf Leistungen besteht. Eine auf den Bezug von entsprechenden Leistungen gerichtete Anfrage soll auch bei Bezug von Arbeitslosengeld I, Elterngeld, Kinderzuschlag, Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung, Krankengeld, Wohngeld oder Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erfolgen; dabei sind Auskünfte einzuholen, die der Einbürgerungsbehörde eine Prognose hinsichtlich der künftigen Unterhaltsfähigkeit erlauben.

Vor entsprechenden Anfragen ist eine hierauf gerichtete Einverständniserklärung nach dem Muster der **Anlage 8** einzuholen.

- 6.5 Im Übrigen sollen Informationen mit den dazugehörigen Nachweisen zunächst bei der Antragstellerin oder dem Antragsteller erhoben werden.

- 6.6 Ergeben sich aus den einzuholenden Auskünften tatsächliche Anhaltspunkte für einen Ausschlussgrund nach § 11 Satz 1 StAG, insbesondere in Fällen, in denen vom **Landesamt für Verfassungsschutz Hessen** (Nr. 6.3.3) dem Ministerium des Innern und für Sport Erkenntnisse über die Antragstellerin oder den Antragsteller übermittelt worden sind, und liegen die Einbürgerungsvoraussetzungen im Übrigen vor, erstattet die Einbürgerungsbehörde dem Ministerium Bericht und verfährt nach dessen Weisungen. Ist die Einbürgerung aus anderen Gründen als dem Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 11 Satz 1 StAG abzulehnen, erstattet die Einbürgerungsbehörde dem Ministerium Bericht.

Wird die Antragstellerin oder der Antragsteller zu vorliegenden Erkenntnissen befragt, ist über die Befragung ein Protokoll über dessen Inhalt und Verlauf zu fertigen; die für die Beurteilung eines Ausschlussgrundes nach § 11 Satz 1 StAG wesentlichen Fragen und Antworten des Gesprächs sollen möglichst wörtlich wiedergeben werden. Das von der Antragstellerin oder dem Antragsteller grundsätzlich zu genehmigende Protokoll ist dem Ministerium mit einem Verfahrensvorschlag vorzulegen; dieser soll auch eine Aussage zur Bewertung der Glaubhaftigkeit der Einlassungen der Antragstellerin oder des Antragstellers in der Befragung enthalten.

- 6.7 Die **Entscheidung** über Einbürgerungsanträge obliegt der Einbürgerungsbehörde. Einer Einzelfallzustimmung des Ministeriums des Innern und für Sport bedarf es in den Fällen, in denen sich aus den VAH-Hessen die Mitwirkung einer obersten Bundes- oder Landesbehörde ergibt oder in denen von diesen Vorgaben abgewichen werden soll. In Fällen von politischer, grundsätzlicher oder öffentlichkeitswirksamer Bedeutung ist das Ministerium rechtzeitig zu beteiligen. Die Mitwirkung des Ministeriums erfolgt **ausschließlich im Innenverhältnis**; dies ist im Außenverhältnis zu beachten.

- 6.8 Sind die Einbürgerungsvoraussetzungen noch nicht erfüllt, ist aber abzusehen, dass die bestehenden Hindernisse in den nächsten sechs Monaten entfallen werden, soll die Entscheidung über den Antrag **zurückgestellt** werden. In besonders begründeten Einzelfällen kann eine

weitere Zurückstellung in Betracht kommen, wenn die Erfüllung der Voraussetzungen gesichert erscheint.

- 6.9 Sind die Einbürgerungsvoraussetzungen nicht erfüllt und kommt eine Zurückstellung nicht in Betracht, wird der Antragstellerin oder dem Antragsteller mitgeteilt, dass und aus welchem Grund der Einbürgerungsantrag **abgelehnt** werden soll. Gleiches gilt, wenn aufgrund fehlender Mitwirkung nicht festgestellt werden kann, ob die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt sind. Die Einbürgerungsbehörde führt dazu ein **Anhörungsverfahren** durch und empfiehlt, den Antrag zurückzunehmen, falls keine neuen entscheidungserheblichen Tatsachen vorgebracht werden können. Sofern sich in der Anhörung keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben, lehnt die Einbürgerungsbehörde den Antrag nach Fristablauf schriftlich begründet ab. In der Begründung sind alle wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte einschließlich erforderlicher Ermessensbetätigungen aufzuführen. Der Ablehnungsbescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Die untere Verwaltungsbehörde ist von der Ablehnung zu unterrichten.
- 6.10 Setzt die stattgebende Bescheidung des Antrags voraus, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller den Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeiten nachweisen muss, erteilt die Einbürgerungsbehörde eine **Einbürgerungszusicherung** nach dem Muster der **Anlage 9.1 und 9.2** (vgl. Nr. 8.1.2.6.1 VAH-Hessen). Die Einbürgerungsbehörde kann im Einzelfall die Entlassungsbemühungen durch eine Anfrage bei den Heimatstaatsbehörden begleiten; hierzu bedarf es einer Einverständniserklärung nach dem Muster der **Anlage 10**.
- 6.11 Kommt eine Einbürgerung unter vorübergehender Hinnahme von Mehrstaatigkeit in Betracht, ist die Einbürgerung mit der **Auflage** zu versehen, dass der Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit nachträglich nachzuweisen ist. Der isolierte Auflagenbescheid enthält nach dem Muster der **Anlage 11** die Verpflichtung, unter Vorlage der Einbürgerungsurkunde unverzüglich sämtliche Handlungen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben, die nach dem Staatsangehörigkeits- und Verfahrensrecht des bisherigen Heimatstaates erforderlich sind, um das Ausschneiden aus der bisherigen Staatsangehörigkeit herbeizuführen und das Veranlassen sowie den Ausgang des Verfahrens unverzüglich, spätestens innerhalb der im Bescheid bestimmten Frist nachzuweisen. Die Auflage muss ferner den Hinweis enthalten, dass zur Durchsetzung Zwangsgeld – auch mehrfach – festgesetzt werden kann. Die Einbürgerungsbehörde überwacht die von ihr gesetzte Frist.
- 6.12 Sind die Einbürgerungsvoraussetzungen vollständig erfüllt, werden die Antragstellerin oder der Antragsteller zusammen mit der abschließenden Kostenfestsetzung entsprechend benachrichtigt. Sofern die Kosten beglichen sind oder eine Stundung gewährt ist, wird die **Einbürgerungsurkunde** gefertigt.
- 6.13 Die Kostenschuld entsteht mit dem Eingang des Antrags bei der unteren Verwaltungsbehörde. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Eingang des Antrags bei der Einbürgerungsbehörde (vgl. Nr. 6.2) soll ein **Vorschuss** erhoben werden; im Hinblick auf die bereits bei der unteren Verwaltungsbehörde eingeleitete Bearbeitung und den Regelverlauf von Einbürgerungsverfahren ist ein Vorschuss in Höhe der voraussichtlichen Kosten regelmäßig angemessen.
- 6.14 Die **Regelbearbeitungszeit** für die Herbeiführung von Entscheidungen der Einbürgerungsbehörde nach Nr. 6.8 bis 6.11 beträgt drei Monate ab Eingang der angeforderten Behördenauskünfte (vgl. Nr. 6.3, 6.4); dies gilt auch für die Entscheidung nach Nr. 6.12, sofern für die Einbürgerung ein Verlust fremder Staatsangehörigkeiten nicht nachzuweisen ist (einstufiges Verfahren). Bei verzögerten Rückmeldungen der Antragstellerin oder des Antragstellers verlängert sie sich entsprechend.
- 6.15 Überschreitet die Bearbeitungszeit bei der Einbürgerungsbehörde einen Zeitraum von sechs Monaten, sind vor einer Entscheidung nach Nr. 6.10 bis 6.12 die Sachverhaltsermittlungen nach Nr. 4.4.3 sowie nach Nr. 6.3.1 bis 6.3.3 und 6.4 anlassbezogen zu wiederholen. Bei einer Überschreitung der Bearbeitungszeit von mehr als einem Jahr sind die Sachverhaltsermittlungen grundsätzlich zu wiederholen.
- 7. Aushändigung der Einbürgerungsurkunde**
- 7.1 Nach Eingang der festgesetzten Kosten übersendet die Einbürgerungsbehörde die Einbürgerungsurkunde, gege-

benenfalls zusammen mit einem Auflagenbescheid, zur Aushändigung an die untere Verwaltungsbehörde. Sachverhaltsermittlungen von Amts wegen durch die untere Verwaltungsbehörde finden nicht mehr statt; sind dieser allerdings zwischenzeitlich Umstände bekannt geworden, die dem Vollzug der Einbürgerung entgegenstehen, berichtet sie sofort der Einbürgerungsbehörde und verfährt nach deren Weisungen.

- 7.2 Die untere Verwaltungsbehörde händigt die Einbürgerungsurkunde in der Regel **innen zwei Monaten** nach Zugang aus. Die Aushändigung soll in **feierlichem Rahmen** und in einer Weise erfolgen, die der Bedeutung des Staturerwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit entspricht. Kann die Einbürgerungsurkunde innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten nicht ausgehändigt werden, sendet die untere Verwaltungsbehörde die Einbürgerungsurkunde unter Angabe der Gründe an die Einbürgerungsbehörde zurück.
- 7.3 Vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde ist das **Bekanntnis** zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie das **feierliche Bekanntnis** in schriftlicher Form nach dem Muster der **Anlage 12** (Niederschrift über die Aushändigung der Einbürgerungsurkunde) abzugeben. Die oder der Eingebürgerte hat den Empfang der Einbürgerungsurkunde nebst eventuellem Auflagenbescheid und des Merkblatts über den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Muster der **Anlage 13** unter Angabe des Datums schriftlich zu bestätigen; sie oder er ist darauf hinzuweisen, dass mit der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde die deutsche Staatsangehörigkeit erworben wurde. Bei Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit ist zusätzlich das Merkblatt nach dem Muster der **Anlage 14** auszuhändigen und die Aushändigung zu vermerken. Bei der Einbürgerung von Kindern unter 16 Jahren sowie bei Personen, die unter einem Einwilligungsvorbehalt stehen, ist die Empfangsbestätigung nach dem Muster der **Anlage 15** zu verwenden.
- Bei unzureichenden Kenntnissen der deutschen Sprache soll der Antragstellerin oder dem Antragsteller aufgegeben werden, einen vereidigten Dolmetscher hinzuzuziehen.
- 7.4 Die untere Verwaltungsbehörde unterrichtet die Meldebehörde und die Ausländerbehörde über die Einbürgerung; die Mitteilungen sollen unverzüglich erfolgen.
- 7.5 Bei der Einbürgerung von Ausländern aus Ländern, mit denen völkerrechtliche Vereinbarungen über den Austausch von Einbürgerungsmittlungen bestehen, bereitet die untere Verwaltungsbehörde mit der oder dem Eingebürgerten die erforderliche Mitteilung vor und leitet sie der Einbürgerungsbehörde zu.
- 7.6 Die untere Verwaltungsbehörde leitet die vollzogene Niederschrift (**Anlage 12**) unverzüglich der Einbürgerungsbehörde zu.

8. Schluss- und Übergangsbestimmungen

- 8.1 Die Einbürgerungsbehörde übermittelt dem Bundesverwaltungsamt (Registerbehörde) die in § 33 Abs. 2 StAG aufgeführten Daten der oder des Eingebürgerten. Sie leitet dem Bundesverwaltungsamt eine gesonderte Einbürgerungsmittlung zu, wenn die oder der Eingebürgerte einem Staat angehört oder angehört hat, mit dem der Austausch von Einbürgerungsmittlungen vereinbart ist.
- 8.2 Die Meldungen zur amtlichen Einbürgerungsstatistik erstattet die Einbürgerungsbehörde in Absprache mit dem Hessischen Statistischen Landesamt.
- 8.3 Akteneinsicht wird grundsätzlich von der Einbürgerungsbehörde gewährt. Die Einsichtnahme kann durch Gewährung eines lesenden Zugriffs gewährt werden. Andernfalls wird der Akteninhalt ausgedruckt; die Übereinstimmung des Ausdrucks mit der Akte ist durch einen formlosen Übereinstimmungsvermerk zu bestätigen. Der Ausdruck ist nach der Gewährung der Einsicht zu vernichten. Liegen über die Antragstellerin oder den Antragsteller tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen im Sinne von § 11 Satz 1 StAG vor, darf den Einbürgerungsbewerbern oder deren Bevollmächtigten Akteneinsicht erst nach Durchführung einer gegebenenfalls erforderlichen Sicherheitsbefragung gewährt werden.
- 8.4 In Verwaltungsstreitverfahren über das Vorliegen eines Ausschlussgrundes des § 11 StAG sowie in Verwaltungs-

streitverfahren von grundsätzlicher Bedeutung ist das Ministerium wie folgt zu beteiligen:

- 8.4.1 Vorlage von Klageschrift und -begründung zusammen mit der Klageerwiderung; sofern ein Antrag auf Prozesskostenhilfe gestellt ist, ist dieser nebst der Erwiderung vorzulegen.
- 8.4.2 Vorlage der gerichtlichen Entscheidung der ersten Instanz unmittelbar nach Zustellung; sofern das Land unterlegen ist, mit einem Vorschlag hinsichtlich der Einlegung von Rechtsmitteln.
- 8.4.3 Mitteilung der Rechtskraft einer Klageabweisung.
- 8.4.4 Vorlage der klägerischen Rechtsmittelinlegung einschließlich Zulassungsanträgen nebst der Erwiderung.

Die Möglichkeit, zum Zwecke der Abstimmung anlassbezogen zu berichten, bleibt unberührt.

- 8.5 Für die Aufbewahrung und Aussonderung von **elektronischen Einbürgerungsakten** gilt der Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen (Aktenführungserlass) vom 14. Dezember 2012 (StAnz. 2013 S. 3), geändert durch Erlass vom 10. Oktober 2017 (StAnz. S. 1058), mit folgenden Maßgaben:

- 8.5.1 Die Aufbewahrungsfrist für Einbürgerungsakten beträgt 15 Jahre. Die Frist beginnt mit der Wirksamkeit der Einbürgerung oder mit dem Vollzug der Auflage oder bei einer Ablehnung des Antrags mit dem rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens; in allen übrigen Fällen mit der Abschlussverfügung.
- 8.5.2 Mit Ende der Aufbewahrungsfrist wird in der eStaatsangehörigkeit ein zur dauerhaften Aufbewahrung bestimmtes Datenblatt erzeugt. Dieses enthält Angaben über:
 - die Grundpersonalien der Betroffenen (Familienname, Geburtsname, Vornamen, Tag und Ort der Geburt, Staatsangehörigkeiten),
 - das Aktenzeichen, die Bezeichnung der verfahrensführenden Behörde,
 - den Grund für die Beendigung des Verfahrens,
 - das Datum der Aussonderung,
 - das Datum der Aushändigung der Urkunde, das Fortbestehen der ausländischen Staatsangehörigkeit(en), das Datum der Entlassung aus der ausländischen Staatsangehörigkeit

- 8.6 Alle Akten, deren Aufbewahrungsfrist innerhalb eines Kalenderjahres abgelaufen ist, sind mit Ablauf des jeweiligen Jahres auszusondern und nach den Vorgaben des Hessischen Archivgesetzes dem Hessischen Landesarchiv in Absprache mit diesem zur Archivierung anzubieten.

- 8.7 **Einbürgerungsakten**, bei denen nach den bisherigen Vorgaben (vgl. Nr. 8.5 der VVEbgVerf vom 22. März 2011 (StAnz. S. 607)) die **Papierform** die führende Aktenform war, können abweichend von Nr. 5.3 und Nr. 6.1 in dieser Form bis zum Verfahrensabschluss fortgeführt werden. In Papierform geführte Akten sind dauerhaft aufzubewahren; dazu ist es ausreichend, wenn der entscheidungserhebliche Teil durch Mikrofilm in automatisierter oder in digitalisierter Form aufbewahrt wird.

B. Andere staatsangehörigkeitsrechtliche Verfahren

- 9. Für das Verfahren auf Erhalt einer Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 25 Abs. 2 StAG sowie für die Verfahren zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch Entlassung (§ 17 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit §§ 18 bis 24 StAG) oder Verzicht (§ 17 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 26 StAG) gelten die Nr. 6.1 und 6.2 sowie Nr. 8.6 und 8.7 entsprechend. Nr. 8.5 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass in dem zur dauerhaften Aufbewahrung bestimmten Datenblatt abweichend von Nr. 8.5.2 Satz 2 in Verfahren zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit und zur Entlassung aus der deutschen Staatsangehörigkeit statt des Datums des Fortbestehens der ausländischen Staatsangehörigkeit(en) und des Datums der Entlassung aus einer ausländischen Staatsangehörigkeit das Datum der Annahme der ausländischen Staatsangehörigkeit gespeichert wird; in Verfahren auf Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit werden diese Daten nicht gespeichert.

Für Verfahren nach Satz 1, die vor dem 14. Januar 2021 in Papierform angelegt worden sind, verbleibt es bei dieser Form. Im Zusammenhang mit der Antragstellung soll eine

Unterrichtung über die Einholung und Verarbeitung personenbezogener Daten nach dem Muster der **Anlage 16** erfolgen.

C. Inkrafttreten, Anlagen

10. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Juli 2023 in Kraft; gleichzeitig treten meine Erlasse vom 15. Dezember 2017 (StAnz. 2018 S. 43) und vom 14. Januar 2021 (StAnz. S. 207) außer Kraft und werden aufgehoben.

11. Anlagen

Die Anlagen zu dieser Verwaltungsvorschrift werden ausschließlich im Internetauftritt der Hessischen Landesregierung service.hessen.de veröffentlicht.

Wiesbaden, den 21. Juni 2023

**Hessisches Ministerium
des Innern und für Sport**
– II 15-01c03-01-23/002 –
– Gült.-Verz. 301 –

StAnz. 28/2023 S. 894

523

Bekanntgabe von Tarifverträgen

Nachstehend gebe ich die folgenden, von den Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes des Landes Hessen abgeschlossenen Tarifverträge bekannt

- Änderungstarifvertrag Nr. 21 zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) vom 7. Oktober 2022 (Anlage 1)
- Änderungstarifvertrag Nr. 14 zum Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten des Landes Hessen in den TV-H und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-H) vom 7. Oktober 2022 (Anlage 2)
- Änderungstarifvertrag Nr. 22 zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) vom 27. Oktober 2022 (Anlage 3)

Wiesbaden, den 22. Juni 2023

**Hessisches Ministerium
des Innern und für Sport**
I 45 - P2500-A-09-23/004

StAnz. 28/2023 S. 898

Anlage 1
zur HMdIS-Bekanntmachung
vom 22. Juni 2023
I 45-P 2500 A-09-23/004

Änderungstarifvertrag Nr. 21 zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H)

vom 7. Oktober 2022

Zwischen

dem Land Hessen,
vertreten durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport,
– einerseits –

und

– andererseits –*

wird Folgendes vereinbart:

* Anmerkung:

Der Tarifvertrag ist gleichlautend, aber getrennt vereinbart mit

- a) ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, vertreten durch den Bundesvorstand,
GdP, Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hessen,
GEW, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, vertreten durch den Landesverband Hessen,
IG BAU, Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Bundesvorstand,